

Eine entrückt wirkende Verwaltung

von Heinz Marti*

Die Nachricht: Das Bundesamt für Energie (BFE) hat sich beim Rückbau von Kernkraftwerken für ausländische Fachkräfte ausgesprochen.

Der Kommentar: Die Schweizer Ingenieure haben auf die Ankündigung des BFE, dass beim KKW-Rückbau vornehmlich auf ausländische Fachkräfte gesetzt werden soll, deutlich reagiert. Es kann und darf nicht sein, dass bei einer derart wichtigen und sicherheitsrelevanten Thematik das Know-how der Schweizer Ingenieure nicht gefragt ist. Die Verwaltung erscheint dem Fachkräftemangel und der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gegenüber als gleichgültig. Es zeigt auch das fehlende Feingefühl des öffentlichen Beschaffungswesens gegenüber Ingenieurdienstleistungen.

Das Bundesamt für Energie (BFE) hatte im November letzten Jahres mit der Aussage für Aufregung gesorgt, dass es für die Schweizer Ingenieurbranche keinen Sinn mache, das für den Rückbau von Kernkraftwerken notwendige Know-how aufzubauen. Dies sei schlichtweg zu teuer, zudem verfügten ausländische Firmen über mehr Erfahrung beim Rückbau. Die Emotionen in der Ingenieurbranche gingen hoch – weshalb, sei hier erklärt.

Die Aussage des BFE erstaunt aus zwei Gründen. Erstens handelt es sich bei über neunzig Prozent der KKW-Rückbauarbeiten um konventionelle Planeraufgaben. Das Wissen zur Erfüllung dieser Aufgaben, wie Projektmanagement und Technik, ist in der Schweiz vorhanden. Darüber hinaus muss Planern, die beim KKW-Rückbau mitmachen wollen, zumindest die Möglichkeit gegeben werden, sich auch für den Rückbau der problematischen zehn Prozent der KKW-Bereiche im internationalen Wettbewerb positionieren zu können.

Zweitens ist die Aussage des BFE besonders brisant angesichts der Herausforderung bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der damit verbundenen Verschärfung des Fachkräftemangels. Offensichtlich wurden die Zeichen der Zeit nicht erkannt: Anstatt eine (moralische) Lanze zu brechen für das inländische Potenzial an Fachkräften, kommuniziert das Bundesamt seine Vorliebe für ausländische Anbieter. Die Signalwirkung dieser Haltung ist weit über die Ingenieurbranche hinaus verheerend und hinterlässt den Eindruck einer Verwaltung, die dem Fachkräftemangel in der Schweiz entrückt begegnet.

Anstatt sich im Sinne einer langfristigen Entschärfung des Fachkräftemangels Gedanken darüber zu machen, wie der Ingenieurberuf attraktiver gemacht werden kann, setzt die Verwaltung einfach auf ausländisches Fachpersonal. Dies ist nicht nur bildungs- und arbeitsmarktpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich bedenklich. Mit der Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke sind Arbeitsplätze in der Nuklearindustrie gefährdet. Der Rückbau dieser KKW stellt demgegenüber ein über Jahrzehnte anhaltendes attraktives Geschäftsfeld dar, welches den erwarteten Stellenabbau zu einem Teil abfedern kann. Umso wichtiger ist deshalb ein weitsichtiger Aufbau des Schweizer Nachwuchses, um so die Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz zu sichern.

Eine zusätzliche Herausforderung bei der Planung von KKW-Rückbauten ist das öffentliche Beschaffungsrecht, welches bei der Vergabe durch die zuständigen Betreiber von KKW zur Anwendung kommt. Es gewichtet den Preis gegenüber der Qualität überproportional, was dem

Charakter der intellektuellen Dienstleistungen der Planer nicht gerecht wird. Die fehlende Berücksichtigung der Qualität im Vergabewesen hat zu einem erbitterten und qualitätsgefährdenden Tiefpreiskampf unter den Planern geführt. Qualität ist aber im Umgang mit nuklearen Anlagen von entscheidender Bedeutung, um Gefahren für Mensch und Natur abzuwenden.

Der Verband Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen (usic) setzt sich für ein Beschaffungsrecht ein, das den Eigenheiten der Ingenieursleistungen gerecht wird. Mit unseren Young Professionals, der neuen Jugend-Website iningenieursteckt.ch sowie der kommenden Vergabe des Building Award am 18. Juni im KKL Luzern steigern wir zudem die Attraktivität des Planerberufes als Zukunftsperspektive, um so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Demgegenüber macht es sich das BFE allzu leicht, wenn es langfristig weiterhin auf ausländisches Fachpotenzial setzt, anstatt echte und nachhaltige Lösungen zu präsentieren.

* Heinz Marti ist VR-Delegierter des Ingenieurunternehmens TBF + Partner AG und präsidiert die Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen (usic).

Link zur Online-Ausgabe:

http://www.schweizamsonntag.ch/ressort/meinung/eine_entrueckt_wirkende_verwaltung/